

## Anfragen zum Plenum in der 39. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen sind aktuell in Bayern in der Automobilindustrie beschäftigt (bitte ausdifferenzieren nach Autobaubranche, Zuliefererbranche sowie ggf. weiteren Branchen), wie verteilen sich diese auf die unterschiedlichen Regierungsbezirke (bitte ebenfalls wie oben genannt ausdifferenzieren) und wie haben sich diese Zahlen in den vergangenen zwanzig Jahren entwickelt (bitte Zahlen für jedes Jahr einzeln angeben)?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wurde die Bayerische Eigenheimzulage nachgefragt (Aufschlüsselung der Bautätigkeit bitte möglichst nach Regierungsbezirken, Städten und Gemeinden, nach Einkommen der Antragstellerinnen und Antragsteller sowie nach Haus-/Wohnungsformen angeben), welche Auswirkungen dieser Förderung auf die Bautätigkeit kann quantifiziert werden und mit welcher Begründung plant die Staatsregierung die Förderung zu verlängern oder nicht zu verlängern?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten sind der Flughafen München GmbH (FMG) bisher für das geplante Bauvorhaben einer dritten Start- und Landebahn entstanden (bitte aufschlüsseln nach Kosten für Personal, Grunderwerb, Planung, Gutachten und ggf. weiteren Kosten)?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Nachdem der Zeitung „WELT“ am 20.09.2020 unter der Überschrift „Maskenpflicht und wenig Alkohol – Söder will Weihnachtsmärkte zulassen“<sup>1</sup> aus einem Interview zu entnehmen ist, dass der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder bzw. die Staatsregierung mit Rechtsstand 20.09.2020 angeben, über die Zulassung von Weihnachtsmärkten entscheiden zu dürfen und nicht etwa die Kommunen, frage ich die Staatsregierung, aus welchem genauen Tatbestandsmerkmal einer am 20.09.2020 in Bayern geltenden Rechtsgrundlage leitet sie ein Recht ab, dass sie an Stelle der Kommunen die „Weihnachtsmärkte zulassen“ könne/dürfe, welche – z. B. wissenschaftlichen – Quellen kann die Staatsregierung angeben, aus welchen heraus sie, ihre Erkenntnis ableiten zu können hofft, dass der auf einem Weihnachtsmarkt – z. B. mit den dort üblicherweise vorhandenen Getränken – ange-trunkene Blutalkoholpegel in Zusammenhang mit einer Infektion mit dem COVID-19-Virus gebracht werden kann und welche Erkenntnisse aus – z. B. wissenschaftlichen Quellen – kann die Staatsregierung angeben, aus denen heraus sie eine Erkenntnis ableiten zu können hofft, dass mit Hilfe eines Mund-Nasen-Schutzes im Freien die Gefahr einer Infektion mit dem COVID-19-Virus verringert werden kann?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Neubewertung des Oktoberfestattentats als rechts-extreme Terrorat durch die Bundesanwaltschaft und die in Aus-sichtstellung ergänzender Leistungen durch die Bundesregierung, frage ich die Staatsregierung, ob sie über eine zusätzliche Lei-stung für die Opfer des Attentats gegenwärtig Verhandlungen mit der Bundesregierung führt, mit welchen eigenen Mitteln sich die Staatsregierung an einer solchen Leistung beteiligen würde und wer im Freistaat als offizieller Ansprechpartner für die überleben-den Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags zur Verfügung steht?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Wirtschafts- und Interes-senverbände, Unternehmen und Lobbyisten hat Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger vom 01.01.2020 bis heute – zum Austausch oder Anhören – ge-troffen (bitte mit genauen Angaben der Namen der einzelnen Verbände bzw. Unternehmen, Inhalt der Gespräche sowie des jeweiligen Datums), wie oft hat er in diesem Zeitraum Vertre-terinnen und Vertreter des Bauern- und des Jagdverbands getroffen und wie oft hat er Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaf-ten getroffen?

---

<sup>1</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article216113016/Maskenpflicht-und-wenig-Alkohol-Soeder-will-Weihnachtsmaerkte-zulassen.html>

---

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird die von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) beauftragte Machbarkeitsstudie „Durchgängiger Vertrieb elektronischer Fahrscheine und einheitlicher Tarif in Bayern“, in der unterschiedliche Szenarien erarbeitet und bewertet werden, wie ein durchgängiger Vertrieb elektronischer Fahrscheine und/oder ein einheitlicher Tarif bzw. einheitliche Tarifstrukturen gestaltet werden können, veröffentlicht, warum wurde die Studie bisher nicht veröffentlicht, nachdem sie seit Ende 2018 läuft, erste Ergebnisse schon für 2019 angekündigt wurden und der Abschluss zuerst für das 1. Quartal 2020 und zuletzt im Mai 2020 für die nächsten zwei bis vier Monaten in Aussicht gestellt wurde und welche Schlüsse zieht die Staatsregierung aus der Studie?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Städte und Landkreise haben nach Kenntnis der Staatsregierung seit Schulbeginn den Schulbusverkehr durch Verstärkerfahrten ausgeweitet, gibt es noch freie Kapazitäten an Bussen und Fahrerinnen bzw. Fahrern, um das Angebot an Verstärkerfahrten weiter auszubauen und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die Städte und Landkreise als Aufgabenträger bei Angebotsausweitungen im Schülerinnen- und Schülerverkehr zur Sicherstellung von notwendigen Mindestabständen zu unterstützen?

**Dr. Anne Cyron**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern entspricht es nach der derzeit gültigen Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung und weiteren Gesetzen der Rechtslage, wenn Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs Menschen von der Beförderung ausschließen, die aufgrund einer Erkrankung glaubhaft machen, keine Mund-Nasen-Bedeckung tragen zu können, inwiefern ist die Unterbringung von Fahrgästen, die keine Mund-Nasen-Bedeckung tragen können, in Sonderabteilen oder Sonderfahrzeugen vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, dem Bundesteilhabegesetz und dem Gleichstellungsgesetz gedeckt und ist der Staatsregierung eine derartige Praxis des „Sondertransports“ bzw. des Beförderungsausschlusses bekannt (bitte die Unternehmen auflisten, die der Staatsregierung bekannt sind, welche Kunden von der Beförderung ausschließen bzw. mittels „Sondertransport“ an ihr Ziel bringen)?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der 250 000 von Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder im Juli zusätzlich angekündigten Leihgeräte für bayerische Schülerinnen und Schüler wurden bereits beschafft, wie viel Geld bekommen die Kommunen vom Freistaat Bayern für die IT-Betreuung an Schulen (bitte für die Jahre 2020 und 2021 angeben) und in wie vielen bayerischen Schulen ist in jedem Klassenzimmer WLAN verfügbar (bitte nach Regierungsbezirken sowie Schularten aufschlüsseln und den Prozentsatz angeben; vgl. Frage 8c in Drs. 18/9654, bitte Zahlen von 2020 angeben)?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nach der Verhaftung des Vertrauensanwalts der Deutschen Botschaft ■ in Ankara und die Beschlagnahmung von Daten zu 900 Asylverfahren, frage ich die Staatsregierung, welchen Einfluss auf die Asylverfahren das Bekanntwerden durch die türkischen Behörden hat, da eine besondere Gefährdung im Herkunftsland entsteht (bitte die Zahl der Betroffenen in Bayern benennen), welche Maßnahmen die Staatsregierung trifft, um die Sicherheit der Betroffenen zu erhöhen und wie sich die Zusammenarbeit der türkischen und bayerischen Sicherheitsbehörden nicht nur bei den aktuellen Fällen gestaltet (bitte genau benennen)?

**Albert Duin**  
(FDP)

Nach zahlreichen Medienberichten zu Testpannen bei den Corona-Teststationen an Flughäfen, Bahnhöfen und Autobahnen frage ich die Staatsregierung, wie viele Unternehmen haben sich an der Ausschreibung zur Übernahme der Organisation für die COVID-19-Tests beteiligt, wie wurde die Kontrolle der ausgeschriebenen und zugesicherten Leistungen der Betreiber der Testzentren durchgeführt und inwieweit wurde bei der Vergabe der Teststationen nach Wirtschaftlichkeit entschieden?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Verfahren nach §§ 277 und 278 Strafgesetzbuch (StGB – „Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse“) gegen Ärzte und medizinisches Personal sind derzeit an bayerischen Gerichten anhängig, wie viele Ermittlungsverfahren führen die Staatsanwaltschaften hierzu und haben die Polizei- und Sicherheitsbehörden Anweisung erteilt oder erteilt bekommen, bei Kontrollen schwerpunktmäßig hierzu zu ermitteln?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Nachdem das Staatsministerium für Unterricht und Kultus am 13.05.2020 verkündet hatte, dass in Bayern von allen weiterführenden Schulen ab diesem Zeitpunkt das Kommunikationswerkzeug „MS Teams for Education“ genutzt werden könne, dieser Vertrag mit Microsoft jedoch regulär bis zum 30.09.2020 befristet sei, frage ich die Staatsregierung, wie viele Schulen seit Bereitstellung dieser Möglichkeit bis zum heutigen Tag das Angebot von MS-Teams nutzen (bitte Vertrags- bzw. Einsatzbeginn jeweils nach den einzelnen Schularten getrennt in Histogrammform darstellen), welche Überlegungen und ggf. bereits Beschlüsse seitens der Staatsregierung zur Verlängerung (Verlängerungsoption bis 31.12.2020) bzw. Ablösung durch andere Instrumente hinsichtlich des Vertrags über „MS Teams for Education“ bestehen und wie die Staatsregierung den Einsatz von diesem Tool an Bayerns Schulen aus datenschutzrechtlicher Sicht inzwischen bewertet, zu dem weiterhin massive Bedenken vorgebracht werden, zuletzt laut einem Bericht auf <https://www.heise.de/><sup>2</sup> vom 14.09.2020 durch einen Arbeitskreis der Datenschutzkonferenz von Bund und Ländern bezüglich Microsoft 365 („rechtskonformer Einsatz ... unmöglich“)?

---

<sup>2</sup> <https://www.heise.de/news/Datenschuetzer-sehen-Microsoft-365-in-Behoerden-als-nicht-rechtskonform-an-4893604.html>

**Christian Flisek**  
(SPD)

Im Hinblick auf die jüngste Ankündigung der Siemens AG, die Produktion am Standort Ruhstorf im Landkreis Passau bis 2022 einzustellen und über 300 Stellen zu streichen, frage ich die Staatsregierung, welche bayerischen Standorte der Siemens AG und ihrer Tochterunternehmen in den letzten zehn Jahren finanzielle Fördermittel des Landes, des Bundes und der EU erhalten haben und in welcher Höhe und zu welchem Verwendungszweck diese ausgezahlt wurden?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurde das Förderprogramm „Digitalbonus“ auf gewerbliche Unternehmen im Sinne des § 2 Gewerbesteuerergesetz beschränkt (und nicht auch auf freie Berufe erstreckt), plant die Staatsregierung den Digitalbonus über den Stichtag 31.12.2020 hinaus zu verlängern und ist dann beabsichtigt, ab 01.01.2021 auch freie Berufe in das verlängerte Förderprogramm „Digitalbonus“ mit einzubeziehen?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Laut einer aktuellen Studie des ifo-Instituts wollen 39 Prozent der deutschen Industriefirmen, die bisher auf Messen ausgestellt haben, ihr Engagement nach der Coronakrise verringern, gleichzeitig hat das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie angekündigt, mittelständische Unternehmen bei der Nutzung digitaler Handelsplattformen und Messeformaten unterstützen zu wollen, in diesem Zusammenhang frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen sind geplant, wie wirken sich diese Maßnahmen auf das Bayerische Messebeteiligungsprogramm aus und ab wann können Unternehmen mit konkreter Hilfe rechnen?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass jeder Bewohner Bayerns in einem Bayerischen Testzentrum auf COVID-19 getestet werden kann, frage ich die Staatsregierung, gibt es einheitliche Vorgaben für die Durchführung von Corona-Tests in den bayerischen Testzentren im Hinblick auf (Nasen-) Rachenabstriche (insbesondere auch in Bezug auf Fremd- und Selbsttests), wer genau darf Abstriche durchführen (bitte mit Erläuterung der notwendigen Qualifikation für die unterschiedlichen Testarten und Berücksichtigung der versicherungsrechtlichen Aspekte) und sind Tests, bei denen sich die Testpersonen unter Anleitung selbst im Mund den Abstrich in einem Testzentrum durchführen, erlaubt (bitte mit Begründung und Einschätzung der Validität von selbst durchgeführten Testergebnissen)?

**Harald Güller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, angesichts des „Versprechens“ von mehr als 100 Mio. Euro als Unterstützung für den Wirtschaftsraum Augsburg durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder (Augsburger Allgemeine 15.09.2020 bzw. dpa 14.09.2020 „Söder will Augsburger Industrie mit 100 Millionen Euro helfen“) und seiner Aussage „Wir werden mehr als 100 Millionen Euro investieren“ (Augsburger Allgemeine 14.09.2020), frage ich die Staatsregierung, auf welche einzelnen, konkreten, neuen Maßnahmen und Projekte im Raum Augsburg sich dieser Betrag aufteilt (bitte jeweils mit Nennung des Betrags), wo diese Maßnahmen und Projekte institutionell bzw. organisatorisch angesiedelt oder angebunden werden (bitte konkrete Nennung von Unternehmen, öffentlicher Einrichtung, Institution) und in welchem zeitlichen Rahmen die Unterstützung geplant ist (bitte jeweils Jahr in dem geplant ist, die Finanzmittel für die jeweiligen Ausgaben zur Verfügung zu stellen)?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, erfolgte der Deal, der zur Einstellung des Verfahrens gegen die Beschuldigten wegen des Verdachts der Geldwäsche bei der Wirecard AG führte, aufgrund einer Weisung durch die damalige Staatsministerin für Justiz und Verbraucherschutz, was war gegebenenfalls Inhalt der Weisung und was war Inhalt des Deals?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Nachdem es in der Nacht des 11.07.2020 ausweislich eines Berichts der Mainpost vom 18.07.2020 („Protest gegen Burschenschaft im Frauenland“) im Verbindungshaus der Burschenschaft „Prager Teutonia zu Würzburg“ zu lautstarken rechtsextremistischen Äußerungen gekommen sein soll, frage ich die Staatsregierung, welche rechtsextremistischen Straftaten im Jahr 2019 und bisher im Jahr 2020 in Unterfranken polizeilich registriert wurden (jeweils mit Angabe des Ortes und Erläuterung, welche davon neonazistisch, fremdenfeindlich bzw. antisemitisch motiviert waren bzw. ob es sich um Propagandadelikte, z. B. Volksverhetzung oder z. B. Sachbeschädigungen, handelte), wie sich die Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Unterfranken in den Jahren 2010 bis 2019 entwickelt hat und welche Erkenntnisse über Verbindungen der „Prager Burschenschaft Teutonia zu Würzburg“ zur Jungen Alternative Bayern bzw. zur AfD und ihren Gliederungen, zur Identitären Bewegung bzw. zu rechtsradikalen bzw. rechtsextremen Organisationen und Personen vorliegen (ggf. mit Angabe personeller Überschneidungen bzw. gemeinsamer Aktivitäten)?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Erzieherinnen und Erzieher in Bayern wurden innerhalb der letzten 14 Tage auf Corona getestet und wie viele der Getesteten waren positiv, wie viele negativ?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie plant sie die Sicherstellung von ausreichend Kinderärztinnen und -ärzten für Notfall-Einsätze im ländlichen Raum zu verbessern, wie gut sind Kinder-NEFs (= speziell ausgerüstete Notarzteeinsatzfahrzeuge) in Bayern etabliert (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirk), die in München gewöhnlich mit einer Fahrerin/einem Fahrer (Rettungsassistentin bzw. -assistent der Berufsfeuerwehr München) und Notärztin bzw. Notarzt besetzt sind und wie hoch ist die Anzahl der abgeschlossenen – bezugnehmend auf die Vollzugsmittelteilung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 05.05.2020 (Drs. 18/5009) – Institutsermächtigung(en) oder Kooperationsvereinbarungen mit Ärztinnen und Ärzten in den Jahren 2019 und 2020?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler hat in der Pressekonferenz zur Kabinettsitzung am 14.10.2020 die außerordentlich gute Bewerberlage, mit deutlicher Erwähnung von einigen Bewerbungen von Universitäten der Ivy League, auf die ausgeschriebenen Professuren der Hightech Agenda betont, weshalb ich die Staatsregierung frage, wie viele Bewerbungen von Universitäten der Ivy League auf die bereits ausgeschriebenen Stellen eingegangen sind (bitte auflisten nach Universität/Hochschule, ausgeschriebene bzw. bereits besetzte Stelle und ob es sich bei den Bewerberinnen und Bewerbern um Personen handelt, die ihr gesamtes Studium/Promotion/Post Doc Zeit dort verbracht oder ein (Forschungs-)Semester absolviert haben), wie viele Bewerbungen von Top-Universitäten/Hochschulen (d. h. die ersten 50 nach den internationalen Rankings wie Academic Ranking of World Universities (ARWU), U.S. News & World Report Best Global Universities Rankings, QS World University Rankings, Times Higher Education World University Rankings (THE), U-Multirank) eingegangen sind (bitte auflisten nach Universität/Hochschule, ausgeschriebene bzw. bereits besetzte Stelle und ob es sich bei den Bewerberinnen und Bewerbern um Personen handelt, die ihr gesamtes Studium/Promotion/Post Doc dort verbracht oder ein (Forschungs-)Semester absolviert haben) und von welcher Universität die Bewerberinnen und Bewerber der bereits besetzten Stellen kommen (bitte auflisten nach Universität/Hochschule und Stelle)?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe wurden in Bayern seit 2018 finanzielle Bundes- und Landesmittel zur ASP-Prävention (ASP = Afrikanische Schweinepest) verwendet, gibt es in Bayern ein flächendeckendes staatliches ASP-Monitoring, z. B. parallel zur Trichinenschau und falls ja, wie sieht dieses konkret aus?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Grundlage wurde von wem der Bayerische Ethikrat gebildet (bitte mit Nennung des Zeitpunktes und des Aufgabenkreises) und wer gehört ihm an?

- Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, auf welcher rechtlichen Grundlage sie die zusätzlichen finanziellen Mittel in Höhe von 900 Mio. Euro für die Jahre 2021 und 2022 im Rahmen der Hightech Agenda Plus, wie in der Pressekonferenz am 14.09.2020 von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister für Finanzen und für Heimat Albert Füracker angekündigt, aus Mitteln des Sonderfonds Corona-Pandemie verwenden möchte, sodass eine Zweckentfremdung der Mittel, die eigentlich zur Bekämpfung der Folgen der Coronakrise vorgesehen sind, ausgeschlossen ist, auf welcher rechtlichen Grundlage diese Mittel ohne einen Beschluss des Landtags zugesagt werden können und wie viele der versprochenen Ausgaben neue und keine vorgezogenen Ausgaben darstellen?
- Annette Karl**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele der geplanten Stellen für Team-Lehrkräfte konnten in den Regierungsbezirken besetzt werden, wie wurden sie auf die einzelnen Schularten verteilt und wie groß sind die Chancen bei steigendem Bedarf zukünftig dauerhaft Team-Lehrkräfte einzustellen?
- Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wer (Institution, Behörde, etc.) übernimmt im ASP-Seuchenfall (ASP = Afrikanische Schweinepest) im bayerischen Krisenstab konkret welche Aufgaben (z. B. Organisation von Personal für Drückjagden, Kadaversuche, Einrichtung von Sammelstellen...), plant die Staatsregierung die Gründung einer Wildtierseuchen-Vorsorge-Gesellschaft o. Ä. zur Unterstützung der zuständigen Behörden und zur Durchführung von Seuchenbekämpfungsmaßnahmen und inwieweit ist im Seuchenfall zur schnellen Lokalisierung von infizierten Wildschweinen der Einsatz von Kadaversuchhunden (bitte um Erklärung von Organisation und Durchführung) geplant?
- Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nach dem Beschluss des Kabinetts vom 14.09.2020, 100 Mio. Euro in den Hochschulbau, 242,8 Mio. Euro in Hochschulpersonal und weitere Millionen in die Forschungsförderung aus den Mitteln des Sonderfonds Corona in Kap. 13 19 des Staatshaushalts zu leiten, frage ich die Staatsregierung, welchen der in Kap. 13 19 des Nachtragshaushalts 2019/2020 verbindlich vorgegebenen Zwecke „Anschaffung von notwendiger Ausstattung, Durchführung notwendiger Maßnahmen, Wirtschaftsförderung zur Verminderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie für den Bayerischen Krankenhaus-Schutzschirm“ diese Ausgaben im Einzelnen konkret entsprechen, weshalb diese Ausgaben, die für die Jahre 2021 und 2022 vorgesehen sind, nicht regulär im Entwurf des Staatshaushalts des Jahres 2021 veranschlagt werden und wann die Staatsregierung den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß den Vorgaben in den Vorbemerkungen des Kap. 13 19 informieren wird (bitte mit Angabe der Art der Information)?



**Natascha Kohnen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wurde das Bayerische Baukindergeld nachgefragt (Aufschlüsselung der Bautätigkeit bitte möglichst nach Regierungsbezirken, Städten und Gemeinden sowie nach Haus-/Wohnungsformen), welche Auswirkungen dieser Förderung auf die Bautätigkeit können quantifiziert werden und mit welcher Begründung plant die Staatsregierung die Förderung zu verlängern oder nicht zu verlängern?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Bundeswehr zur Unterstützung des Münchner Gesundheitsamtes bei der Ermittlung und Nachverfolgung von Infektionsketten und Kontaktpersonen einsetzen möchte, frage ich die Staatsregierung, wie viele Contact Tracing Teams (CTT) gegenwärtig, aufgeschlüsselt nach den sieben bayerischen Regierungsbezirken (München separat ausweisen), in Bayern vorhanden sind, wie viele Personen in den vorstehend genannten CTT von anderen Behörden oder Ämtern zu den Gesundheitsämtern bzw. CTT abgeordnet/zuteilt wurden und weshalb die Staatsregierung nicht ohne Unterstützung der Bundeswehr eine Eindämmung, Rückverfolgung bzw. Unterbrechung von Coronavirus-Infektionsketten gewährleisten kann?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

In diesem Jahr wird voraussichtlich die Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg eröffnet. Das sog. „Zukunftsmuseum“ entsteht auf dem Augustinerhofareal in Nürnberg. Der Freistaat Bayern zahlt neben einer Anschubfinanzierung noch 25 Jahre lang eine monatliche Miete für das Museum.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Auswahl Makrolage Nürnberg

1.1 Wann wurde Nürnberg erstmals im Rahmen einer Kabinetts-, Ministerratssitzung o. ä. als Standort für eine mögliche Zweigstelle des Deutschen Museums thematisiert?

1.2 Welche Kabinettsmitglieder waren hierbei in welcher Funktion impulsgebend bzw. federführend?

1.3 War die Bundesregierung in die Entscheidung eingebunden, eine Zweig- oder Außenstelle des Deutschen Museums einzurichten?

2. Auswahl Mikrolage Augustinerhofareal

2.1 Mit welchem Prozess wurde der Standort Augustinerhofareal für das Deutsche Museum festgelegt?

2.2 Welche alternativen Standorte für eine Außen- oder Zweigstelle des Deutschen Museums wurden untersucht?

2.3 Gab es Überlegungen, ein Gebäude für die Außen- oder Zweigstelle des Deutschen Museums zu kaufen oder selbst als Freistaat Bayern zu bauen?

3. Beteiligung zuständiger Akteure

3.1 In welcher Form waren bei der Realisierung des Projekts, d. h.

Auswahl, Zuschuss, Mietvertrag, etc. die zuständigen Instanzen des Freistaates Bayern, insbesondere „Immobilien Freistaat Bayern“, Ministerien, Ausschüsse des Landtags beteiligt (chronologische Aufstellung in Tabellenform)?

3.2 Welche Treffen zwischen Kabinettsmitgliedern, Investoren und/oder der Nürnberger Kulturreferentin haben im Kontext der Realisierung gemeinsam oder einzeln stattgefunden (chronologische Aufstellung in Tabellenform, Angabe zu Datum/Ort/Personen)?

3.3 Welchen Einfluss hatten Rechtsstreitigkeit zwischen Bauherrn und Anliegern (wie Eigentümer von angrenzenden Immobilien usw.) auf die Entwicklung der Außen-/Zweigstelle des Deutschen Museums?

#### 4. Raumprogramm

4.1 Wer hat das Raumprogramm mit den notwendigen Nutz- und Ausstellungsflächen für die Außen-/Zweigstelle des Deutschen Museums vorgegeben?

4.2 Wie haben sich die konkreten Flächen der Ausstellungs- und der insgesamten Nutzfläche gemäß DIN276 für die Außen-/Zweigstelle des Deutschen Museums in den verschiedenen Projektstadien der Jahre 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020 verändert bzw. entwickelt (Angabe Stand Bauantrag sowie aller Tekturen im Baugenehmigungsverfahren)?

4.3 Weshalb sind Änderungen unter 4.2 im jeweils konkreten Einzelfall notwendig geworden?

#### 5. Baukosten

5.1 Wie hoch sind die Baukosten insgesamt und je Quadratmeter Nutzfläche gemäß DIN276 und in den verschiedenen Stadien gewesen (analog zu 4.2, chronologisch in Tabellenform bzw. aktueller Stand/Kostenfeststellung im Sinne der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure bzw. DIN276)?

5.2 Durch welche Instanz wurden die Baukosten bzw. Baukostensteigerungen auf Plausibilität hin geprüft?

5.3 Welche Kosten aus 5.1 liegen anteilig jeweils beim Investor bzw. Vermieter und welche Kosten liegen beim Mieter?

#### 6. Finanzierung

6.1 Warum wurden die sog. Anschubfinanzierungen durch den Freistaat für die Außen-/Zweigstelle des Deutschen Museums angepasst (Angabe der verschiedenen Stände mit Datum)?

6.2 Welche Investitionen wurden durch die Anschubfinanzierungen konkret und in Abgrenzung zu den Baukosten abgedeckt (z. B. Ausstattung, Exponate, Dienstleistungen etc.)?

6.3 Bei welchen Immobilien/-projekten hat der Freistaat Bayern einen langfristigen Mietvertrag mit mindestens 20 Jahren unterzeichnet und gleichzeitig eine Anschubfinanzierung für das glei-

che Projekt bereitgestellt?

## 7. Miethöhe

7.1 Wie hat sich die Höhe der Miete in den verschiedenen Projektstadien, insbesondere in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, entwickelt (Angabe Stand Bauantrag sowie aller Tekturen im Baugenehmigungsverfahren)?

7.2 Inwiefern wurde das Projekt zur Plausibilisierung von Baukosten und Miete in den verschiedenen Projektstadien durch externe Gutachten begleitet bzw. überprüft?

7.3 Nach welchen Kriterien wurde die Miete final ermittelt/festgelegt?

## 8. Mietvertrag

8.1 Wie hoch ist die Kaltmiete je Quadratmeter Nutzfläche und je Quadratmeter Ausstellungsfläche gem. DIN276 der Außen-/Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg?

8.2 Wer hat den Mietvertrag von Seiten der Staatsregierung unterzeichnet?

8.3 In welcher Form war der Landtag bzw. zuständige Ausschuss erstmalig und auch im Fortgang des Projekts beteiligt (bitte auch Zeitpunkt der Beteiligung angeben)?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bezirke, Landkreise und kreisfreien Gemeinden haben bereits das Initiativrecht zur Einrichtung von Pflegestützpunkten umgesetzt, damit den Abschluss einer Vereinbarung zur Einrichtung von Pflegestützpunkten von den zuständigen Pflegekassen und Krankenkassen zur bedarfsgerechten Gewährleistung der wohnortnahen Beratung gemäß § 7c Abs. 1a Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) verlangt (bitte auflisten nach Bezirk, Landkreis und kreisfreier Gemeinde), wie ist der derzeitige Stand der Implementierung der sektorenübergreifenden Landespflegeausschüsse und welche Maßnahmen plant die Regierung, sollte es coronapandemiebedingt zu Verzögerungen „im Ablauf“ kommen?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge wurden im Rahmen der Künstlerhilfen bislang gestellt, wie hoch ist die Gesamtsumme der bisher ausbezahlten Förderungen und wie viele gestellte Anträge wurden nicht bewilligt?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wurden auch in Bayern Disziplinarmaßnahmen gegen Polizeibeamte eingeleitet, die in Chatgruppen, in denen extremistische Inhalte ausgetauscht wurden, als Mitglieder gelistet waren, aber die Nachrichten nur erhalten und nicht aktiv verteilt haben, wie stellt sich in diesen Fällen die dienstliche Verfehlung dar, die eine Disziplinarmaßnahme rechtfertigt und auf welcher Rechtsgrundlage ergibt sich die Pflicht für bayerische Polizeibeamte, Nachrichten mit fragwürdigem Inhalt bzw. den Verdacht auf Straftaten außerhalb des § 138 Strafgesetzbuch (StGB) in Chatgruppen dem Dienstherrn zu melden?

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ermittlungsverfahren und Hausdurchsuchungen wurden in Bayern gegen Ärzte durchgeführt, aufgrund des Ausstellens vermeintlich falscher Maskenbefreiungsatteste, wie viele Ermittlungsverfahren sind derzeit in Bayern anhängig und abgeschlossen gegen Ärzte, denen vorgeworfen wird, falsche Maskenbefreiungsatteste auszustellen und wie vielen Ärzten in Bayern wurde bisher die Approbation aufgrund des Ausstellens vermeintlich falscher Maskenbefreiungsatteste entzogen?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Berichts der Allgäuer Zeitung vom 15.09.2020, wonach ein Journalist, wohnhaft im Ostallgäu, unerlaubt Tonaufnahmen auf einer Internetseite veröffentlichte und daher wegen Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes in erster Instanz verurteilt wurde, frage ich die Staatsregierung, ob es sich bei dem Verurteilten um den Betreiber der linksradikalen Seite „Allgäu Rechtsaußen“ ■■■ handelt, ob die Tonaufnahmen auf der Internetseite „Allgäu Rechtsaußen“ veröffentlicht wurden und welcher Zusammenhang der Tat zu meiner Schriftlichen Anfrage vom 22.04.2020 „Linksextremistische Straftat in Memmingen nach § 201 StGB“ (StGB = Strafgesetzbuch) mit Antwort der Staatsregierung vom 29.05.2020 besteht?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Nachdem immer mehr Landesregierungen ihre Ideen zur zukünftigen Ausgestaltung der Grundsteuer kundtun, lässt die Staatsregierung auf sich warten, weswegen ich sie frage, bis wann sie einen Entwurf vorlegen wird, welche Gründe vorliegen, dass sich die Veröffentlichung der Ausgestaltung der Grundsteuer in die Länge zieht, denn immerhin hatte Bayern bei der Neuregelung der Grundsteuer auf eine Öffnungsklausel der Bundesländer bestanden und inwiefern die Fassung der Staatsregierung von der Bundesregelung abweicht?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Rolle der Freistaat beim Zusammenschluss des Masken-Verbundes-Bayern übernommen hat (bitte unter Nennung aller konkreten Unterstützungsmaßnahmen) und ob der Freistaat diesem Masken-Verbund (ggf. verbindliche und exklusive) Abnahmezusagen erteilt hat (ggf. unter Nennung entsprechender Ausschreibungen und anderer rechtlicher Grundlagen)?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie bestätigen kann, dass der Sanierungsbedarf an den bayerischen Hochschulen derzeit ca. 11 Mrd. Euro beträgt, wie die Steigerung von der bisherigen Zahl von über 5 Mrd. (siehe Vollzugsmitteilung der Staatsregierung vom 07.01.2020 zum Beschluss des Landtags auf Drs. 18/4092) auf 11 Mrd. zu erklären ist und über welchen Zeitraum die Staatsregierung plant, diesen Sanierungsstau abzubauen?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchen Zeitpunkten das Unternehmen EY (früher Ernst & Young) jeweils Kontakt zur Staatsregierung aufgenommen hat, um Fragen betreffend den EY-Mandanten Wirecard AG zu klären (bitte jeweils angeben mit Behörde oder Staatsministerium, zu dem der Kontakt gesucht wurde und dem jeweiligen Zeitpunkt), welche Themen dabei jeweils besprochen wurden (bitte einzeln auflisten mit Angabe, ob schriftlicher Austausch stattgefunden hat) und welche Schritte daraufhin jeweils von Seiten der Staatsregierung eingeleitet wurden?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche epidemiologischen Erkenntnisse liegen der durch den Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger trotz steigendem Infektionszahlen geführten Diskussion zugrunde, dass es bei steigenden Infektionsgeschehen massive Einschränkungen beim Kinderrecht auf Bildung geben soll (beispielsweise Notbetreuung oder Maskenpflicht auch für Grundschulkindern), gleichzeitig aber Events, z. B. Weihnachtsmärkte, nur mit vergleichsweise kleineren Einschränkungen durchgeführt werden könnten (bitte unter Nennung der hierzu geführten Gespräche, Studien, etc.), welche Abwägung hat stattgefunden von kinder-, familien- und bildungspolitischen Aspekten in Anbetracht der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention sowie der gesundheitspolitischen Aspekte mit Blick auf den anstehenden Herbst und seine Grippesaison gegenüber wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aspekten, und wie soll sichergestellt werden, dass bei sich abzeichnendem steigendem Infektionsgeschehen nicht auf Kosten von Kindern, Eltern und Bildungseinrichtungen Einschränkungen stattfinden, sondern auch tatsächlich kurzfristig die Weihnachtsmärkte abgesagt werden?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personenkontrollen hat die Bayerische Polizei im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie seit dem 16.03.2020 durchgeführt (bitte aufschlüsseln nach Monaten und Polizeiverbänden), wie viele Platzverweise wurden mit Blick auf Corona-Verstöße in diesem Zeitraum erteilt (bitte aufschlüsseln nach Monaten und Polizeiverbänden) und wie viele Widerstandshandlungen bei Maßnahmen gegen Corona-Verstöße wurden in dem Zeitraum registriert (bitte nach Monaten und Polizeiverbänden aufschlüsseln)?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Bezugnehmend auf die Antwort des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vom 18.05.2020 (Az.: 22 – P 1400.5 – 5/) auf die Fragen 8.1 mit 8.3 auf meine Schriftliche Anfrage vom 08.04.2020 betreffend „Besetzung der Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des Finanzgerichts München (III)“, dass die Stelle des Präsidenten des Finanzgerichts München am 30.01.2020/04.02.2020 ausgeschrieben wurde und dass das weitere Auswahlverfahren derzeit durchgeführt wird, frage die Staatsregierung, was die Gründe dafür sind, dass das Auswahlverfahren noch nicht abgeschlossen ist, ob noch im Jahr 2020 mit der Ernennung einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Finanzgerichts München zu rechnen ist und ob der Staatsregierung andere Finanzgerichte in Deutschland bekannt sind, bei denen die Besetzung der Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des Finanzgerichts ähnlich lange nicht besetzt gewesen ist wie beim Finanzgericht München?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Ist der Staatsregierung bekannt, dass in einer externen geldwäscherechtlichen Sonderprüfung der Wirecard Bank AG 2010 gravierende Mängel festgestellt worden waren, die es abzustellen galt?

b) Seit wann hat die Staatsregierung hiervon Kenntnis?

c) Wie ging die Staatsregierung mit dieser Kenntnis um?

2. a) Hat man sich in der Staatsregierung bzw. in anderen freistaatlichen Behörden mit dem sog. Zatarra-Bericht aus dem Jahr 2016 auseinandergesetzt?

b) In welchem Haus/auf welcher Ebene und zu welchem Zeitpunkt?

c) Welche Konsequenzen wurden aus den Inhalten dieses Berichtes gezogen, welche Schritte wurden veranlasst?

3. a) Hat man sich in der Staatsregierung bzw. in anderen freistaatlichen Behörden mit den seit Anfang 2019 veröffentlichten Berichten in der Financial Times zu Bilanztricksereien der Wirecard AG auseinandergesetzt und, wenn ja,

b) In welchem Haus/auf welcher Ebene und zu welchem Zeitpunkt?

c) Welche Konsequenzen wurden aus den Inhalten dieser Berichte gezogen, welche Schritte wurden veranlasst?

4. Was war konkret der Grund für die von der Staatsanwaltschaft München I veranlasste Durchsuchung der Geschäftsräume der Wirecard AG im Dezember 2015?

5. a) Seit welchem Bilanzjahr sind nach aktuellem Kenntnisstand bzw. nach Einschätzung der Staatsregierung die Jahresabschlüsse der Wirecard AG fehlerhaft?

b) Wie beurteilt die Staatsregierung die Güte der Prüfung der Jahresabschlüsse der Wirecard AG unter Einbeziehung der Prüfung der Buchführung und des Lageberichts gemäß §§ 316 ff seit dem Bilanzjahr 2010?

c) Ist nach Auffassung der Staatsregierung die Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS) beim Bundesamt für Wirtschaft und Aus-

fuhrkontrolle (BAFA) ihren Aufsichtspflichten in Bezug auf die die Wirecard AG in den letzten Jahren prüfenden Gesellschaften hinreichend nachgekommen?

6. Ist nach Einschätzung der Staatsregierung eine Verschärfung von Sanktionsmöglichkeiten und Haftungsverpflichtungen für Wirtschaftsprüfer, angelehnt z. B. an Regelungen in den USA, angezeigt?

7. a) Kennt die Staatsregierung mittlerweile den 16 Maßnahmen umfassenden Aktionsplan zur Stärkung der Finanzaufsicht und zur Verbesserung des Anlegerschutzes aus dem Bundesfinanzministerium im Detail?

b) Wie beurteilt die Staatsregierung diesen Aktionsplan?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie beurteilt die Staatsregierung die im Zuge der Debatte um die unzureichende Aufsicht über die Wirecard AG aufgekommene Forderung, die BaFin nach dem Vorbild der US-Börsenaufsicht SEC zu reformieren?

2. Wie beurteilt die Staatsregierung die im Zuge der Debatte um die unzureichende Aufsicht über die Wirecard AG aufgekommene Forderung, einen über den einzelnen nationalen Aufsichten stehenden „European Single Market Supervisor“ (ESMS) zu schaffen?

3. a) Gab es in den letzten zehn Jahren Aufträge staatlicher Behörden in Bayern an die Wirecard AG oder an deren Tochterunternehmen?

b) Wer waren konkret die Auftraggeber?

c) Was waren konkret die Auftragsgegenstände?

4. a) Gab es in den letzten zehn Jahren über eine andere Art als über Auftragsvergaben eine Zusammenarbeit staatlicher Behörden in Bayern mit der Wirecard AG oder mit deren Tochterunternehmen?

b) Um welche Fälle von Zusammenarbeit handelte es sich dabei?

5. a) Ist der Freistaat Bayern, etwa über die BayernLB oder die LfA, bei der Wirecard AG oder bei einer deren Tochterunternehmen finanziell engagiert?

b) In welchem Umfang und in welcher Art?

6. a) Wie viele Kontakte, wie viele Zusammentreffen gab es zwischen Mitgliedern der Staatsregierung mit Vorstandsmitgliedern der Wirecard AG in den letzten zehn Jahren?

b) Was waren konkret die Anlässe für das jeweilige Zusammentreffen?

7. a) Wie schätzt die Staatsregierung die Risiken und das Ausmaß etwaiger Steuerrückforderungen aufgrund falscher Gewinnberechnungen der Wirecard AG ein?

b) Welche Auswirkungen drohen nach Einschätzung der Staatsregierung auf das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinde Aschheim wie auch auf das Steueraufkommen des Freistaates?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Zeitpunkt und auf welchem Wege haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Staatsminister für Justiz Georg Eisenreich und Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann die Information erhalten, Markus Braun, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Wirecard AG, würde über weitere Identitäten (sog. echte/falsche Identitäten – darunter ist zu verstehen, dass es sich bei Dokumenten wie etwa Reisepass, Führerschein oder Geburtsurkunde um authentische Originaldokumente handelt. Diese hoheitlichen Originaldokumente werden beispielsweise nach dem Tod des rechtmäßigen Inhabers neu, einerseits mit dem Namen des verstorbenen Inhabers, andererseits aber mit Bild, Fingerabdruck und biometrischen Daten des „neuen“ Inhabers, in diesem Fall Markus Braun, ausgestellt.) verfügen und Zugriff haben auf Konten in Singapur mit Guthaben in zweistelliger Millionenhöhe und was haben die drei genannten Herren aus der Staatsregierung nach Zugang und Kenntnisnahme der o. g. Informationen veranlasst?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Wie viele Strafanzeigen gegen die Wirecard AG bzw. gegen Verantwortliche der Wirecard AG wegen wirtschaftskrimineller Delikte wie Kursmanipulation, Marktmanipulation, Bilanzfälschung, Geldwäsche, Untreue und/oder Betrug gingen bei bayerischen Strafverfolgungsbehörden seit 2006 ein?

b) Aus welchen Jahren stammen die mit Frage 1 a) abgefragten Anzeigen?

c) Wie viele dieser Anzeigen waren anonym gestellt worden?

2. a) Inwieweit war den in Frage 1) angesprochenen Anzeigen nachgegangen worden?

b) Was waren die jeweiligen Ergebnisse?

c) Wie wurden ggf. Einstellungen begründet?

3. Wie erklärt die Staatsregierung die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft München I den deutlichen Hinweisen auf Wirtschaftsstraftaten der Wirecard AG bzw. von Mitarbeitern der Wirecard AG von Zeugen und Beschuldigten in dem im Wesentlichen in den Jahren 2010 bis 2012 in München laufenden Verfahren gegen eine Gruppe von Börsenjournalisten und Anlegern wegen des Verdachts kursmanipulierender Netzwerktaten nicht oder zumindest nicht hinreichend nachgegangen ist?

4. Hält es die Staatsregierung für angezeigt, dass die Staatsanwaltschaft München I angesichts der Versäumnisse dieser Staatsanwaltschaft in früheren mit der Wirecard AG zusammenhängenden Ermittlungen auch aktuell die Zuständigkeit bei den Ermittlungen in der Causa Wirecard AG innehat?

5. a) In wie vielen Fällen wurde seitens der Staatsanwaltschaft in Bayern gegen Personen vorgegangen, die von der Wirecard AG



wegen Kurs- und Marktmanipulation, Insiderhandel etc. zulasten der Wirecard AG angezeigt worden waren?

b) In wie vielen Fällen kam es hier zu einer Verurteilung wegen Straftaten gegen die Wirecard AG?

6. Seit wann sind welche Mitglieder der Staatsregierung bzw. welche freistaatlichen Behörden mit der „forensischen Sonderüberprüfung“ der Wirecard AG durch die KPMG AG aus dem Oktober 2019 befasst?

7. a) Welche Fehler im Jahresabschluss 2018 der W AG mussten nach Kenntnis der Staatsregierung im Rahmen der Fehlerkorrektur gemäß IAS 8 behoben werden und

b) Wie viele aufgrund von Unterschreiten der Wesentlichkeitsgrenze nicht korrigierte Prüfungsdifferenzen gab es im Abschluss 2018?

8. a) Ist der Staatsregierung bekannt, dass die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) bereits in den Jahresabschlüssen 2007 und 2008 der Wirecard AG zahlreiche Mängel gerügt hatte?

b) Seit wann hat die Staatsregierung hiervon Kenntnis und

c) Sie ging die Staatsregierung mit dieser Kenntnis um?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, gelten die bayerischen Sparkassen als Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des Art. 9 Abs. 1 Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz (BayBGG – bitte nehmen Sie hierbei auch Bezug auf Art. 3 des Bayerischen Sparkassengesetzes – BaySpkG), falls ja, wie ist der Stand und die zeitliche Planung für die Umsetzung der Vorgaben zur Barrierefreiheit bei baulichen Anlagen, Geldautomaten, bargeldlosen Bezahlssystemen, Internetseiten, mobilen Anwendungen und im Intranet der Sparkassen und falls nein, wann beabsichtigt die Staatsregierung, sie vor dem Hintergrund des Art. 2 Abs. 1 BaySpkG dazu zu verpflichten?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ist ein Hausverbot in öffentlich zugänglichen Geschäften gegen Menschen, die aus medizinischen Gründen nicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verpflichtet sind, vor dem Hintergrund des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes rechtlich zulässig, wie kann die Glaubhaftmachung einer Unmöglichkeit der Trageverpflichtung erfolgen und wem gegenüber ist die Person, die keine Maske tragen kann oder darf, verpflichtet, ein Attest vorzulegen und/oder sich auszuweisen?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Entwicklung in vielen Einrichtungen der Pflege und der Behindertenhilfe, die aufgrund von Hygienevorschriften zur Vereinsamung der Bewohnerinnen und Bewohner führt, insbesondere wenn die Heimleitung sehr strikte Regelungen bis hin zu Ausgangssperren einführt (siehe z. B. Samerberger Nachrichten vom 10.09.2020, <https://www.samerbergernachrichten.de/corona-und-die-einsamkeit-in-den-pflegeheimen/> ), welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, gegen unverhältnismäßige, unwürdige und die Selbstbestimmung verletzende Regelungen vorzugehen und wie könnte die Heimaufsicht (Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht) hier tätig werden?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Stand bei der Entwicklung des Personalkonzepts, das nach Auskunft des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) zur Unterstützung der Jagdausübungsberechtigten aufgrund des hohen Zeitaufwands für den Seuchenfall entwickelt werden soll, werden beim StMUV beschäftigte Berufsjägerinnen und -jäger zur ASP-Prävention (ASP = Afrikanische Schweinepest), insbesondere zur Schulung und Beratung von Jägerinnen und Jägern und Waldbesitzerinnen und -besitzern, eingesetzt und wenn nein, wann beabsichtigt die Staatsregierung, das zu ändern?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Corona-Infektionen in den Schulen in den Münchner Stadtbezirken Sendling-Westpark 7, Solln-Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried 19, Hadern 20 und Laim 25, die seit Beginn des Schuljahres 2020/2021 aufgetreten sind sowie über die getroffenen Maßnahmen und die Zahl der von den Maßnahmen betroffenen Personen?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, auf Basis welcher Rechtsgrundlage dürfen Schulen in Bayern bzw. die Schulleiter und Lehrer die Einsicht in Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht von Schülern verlangen, haben Schulen bzw. Schulleiter in Bayern durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) die Berechtigung oder Aufforderung erhalten, von Schülern, die eine Maskenbefreiung haben, Atteste zu verlangen und diese zu kopieren für die Aktenablage und haben Schulen bzw. Schulleiter in Bayern durch das StMUK eine Aufforderung erhalten, von Schülern, die eine Maskenbefreiung haben, Atteste zu kopieren und an ein Staatsministerium oder die jeweiligen Gesundheitsämter in Bayern zu übermitteln?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wann startet das von Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Michaela Kaniber im Agrarbericht 2020 angekündigte Bayerische Programm Tierwohl (BayProTier), mit welchen Maßnahmen wird das Programm konkret ausgestaltet und wie hoch sind die Mittel die dafür zur Verfügung gestellt werden?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen geplant sind, um das Raumklima in den Schulgebäuden und Kitas so zu verbessern, dass das Infektionsrisiko durch Aerosole möglichst gering gehalten werden kann, wie der Zeitplan für die Umsetzung dieser Maßnahmen ist und welche Hilfen in Form von Fördermitteln oder Beratungsangeboten die Kommunen vom Freistaat für Maßnahmen, wie beispielsweise die Akquise passender Lüftungstechnik, erhalten werden?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Seit dem 08.08.2020 gilt in Bayern die Corona-Testpflicht für Reiserückkehrer aus Risikogebieten, deshalb frage ich die Staatsregierung (bitte jeweils nach Kalenderwoche geordnet angeben), wie viele Reiserückkehrer aus Risikogebieten gab es seit dem 08.08.2020 jeweils an den bayerischen Flughäfen (ausweislich der Angaben der Fluggesellschaften), wie viele SARS-CoV-2-Tests von Reiserückkehrern aus Risikogebieten wurden nach Flughafen geordnet durchgeführt und mit welcher Positiv-Rate bzw. Negativ-Rate auf das Coronavirus SARS-CoV-2?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wo befinden sich Verwahrstellen zur seuchenhygienischen Sammlung von verendeten Wildschweinen bzw. Aufbruch (bitte nach Regierungsbezirk und Landkreis auflisten), wie wird im Seuchenfall verfahren, wenn Räumlichkeiten, die der Wildbretverwertung bzw. -aufbewahrung dienen (z. B. Wildkammer, Kühlzelle) dekontaminiert werden müssen und im Nachgang vorerst nicht nutzbar sind und zu welchen Konditionen erhalten die bayerischen Jagd Ausübungsberechtigten, die im Seuchenfall zu verwendenden Desinfektionsmittel bzw. Biozide und Schutzausrüstungen?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Wir fragen die Staatsregierung, wie viele Personen haben sich bis zum 01.10.2020 als Team-Lehrkraft beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus beworben (bitte nach Regierungsbezirk und Vorqualifikation getrennt ausweisen) und wie viele der 500 vorgesehenen Vollzeitäquivalente sind bereits besetzt?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Umsetzung der Regelung zu den Verstärkerfahrten in Bayern, welcher Betrag wird voraussichtlich bis zu den Herbstferien anfallen und inwieweit geht die Staatsregierung davon aus, dass nach Herbstferien das Infektionsgeschehen in Bayern sich grundlegend verbessert und die Verstärkerfahrten eingestellt werden können?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche sind in Bayern in Heimen oder anderen stationären Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht und wie viele dieser jungen Menschen werden nach § 94 Abs. 6 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) zur Kostenbeteiligung herangezogen (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten sowie nach den einzelnen Einrichtungen angeben)?

**Anna Toman**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, den Schulleitungen wurde mehr Leitungszeit versprochen, wann wird dies umgesetzt, wie viele Überlastungsanzeigen wurden in den letzten fünf Schuljahren angezeigt und wie viele Schulleitungs- bzw. Konrektorstellen sind im jetzigen Schuljahr noch unbesetzt (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken)?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrerinnen und Lehrer haben sich zu Beginn des Schuljahres 2020/2021 mittels Attest vom Präsenzunterricht dienstunfähig gemeldet, bitte aufgliedert nach Bezirken und Schularten (Grundschule, Mittelschule, Wirtschaftsschule, Realschule, Gymnasium, BOS/FOS, Berufsschule und Förderschule) und wie viele Team-Lehrkräfte sind dort jeweils im Einsatz?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Erlegung von Schwarzwild in den grenznahen Regionen von 20 auf 100 Euro zu einem höheren Abschuss von Schwarzwild geführt (Vergleich Abschuss April-September 2019 mit April-September 2020), plant die Staatsregierung die finanzielle Förderung für weitere jagdliche Maßnahmen, wie Investitionshilfen für die Beschaffung geeigneter Revierausrüstungen für eine revierübergreifende Bejagung, auszubauen und welche Maßnahmen zur jagdlichen Effizienzsteigerung sind neben finanziellen Anreizen noch geplant?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund wurden die Anwohner der geplanten neuen Erschließungsstraße zur Plassenburg in Kulmbach im Rahmen der Planungen zur Verkehrerschließung unabhängig voneinander zu Einzelgesprächen gebeten, warum wurden Öffentlichkeit, Stadt Kulmbach und die Anliegergemeinden vor der Kontaktaufnahme mit den Anliegern nicht über die konkreten Planungen der Straßentrasse unterrichtet und wie sehen die konkreten Planungen aus (bitte mit Kartenmaterial)?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die Mittel, die für das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg für „Kunst am Bau“ zur Verfügung stehen (bitte Angabe der Gesamtsumme und in Prozent zum Gesamtvolumen der Kosten), wie viel davon wurde bereits ausgegeben (bitte Angabe aufgeschlüsselt nach Kunstwerken) und in welchem Stadium befindet sich die Vergabe der Restmittel?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie definiert das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) die Kriterien für die Zumutbarkeit des Tragens einer Mund-Nasen-Bedeckung der Schüler während des Sportunterrichts gem. Rahmen-Hygieneplan für Schulen unter Punkt 6a, dürfen Schulen, Schulleiter oder Lehrer in Bayern autonom und unabhängig von der Fallinzidenz entscheiden, ob eine Mund-Nasen-Bedeckung während des Sportunterrichts von Schülern getragen werden muss und ist dem StMUK bekannt, dass Lehrer in Bayern Schülern das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung anordnen, obwohl der Mindestabstand eingehalten werden kann und/oder der Sportunterricht im Freien stattfindet?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass das Kabinett am 14.09.2020 beschlossen hat, die Gelder für die Hightech Agenda aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie als „Hightech Agenda plus“ aufzustocken, frage ich die Staatsregierung, wie verteilen sich die beschlossenen 15 Mio. Euro für die Regional- und Tourismusförderung auf die beiden Teilbereiche, in welche Projekte oder Förderprogramme sollen die Mittel für die Tourismusförderung konkret fließen und werden die Kosten der Hightech Agenda und der Hightech Agenda plus, die der Tourismusförderung zu Gute kommen sollen, auch durch Umschichtung bestehender Mittel finanziert (konkrete Umschichtungen auflisten)?